



# **junges Gemüse & altes Eisen**

**Frauen im Wandel der Generationen**

Dokumentation der Auftaktveranstaltung  
zur 15. Brandenburgischen Frauenwoche  
Demografische Entwicklung  
im Land Brandenburg

Potsdam - 4. März 2005

# **junges Gemüse & altes Eisen**

**Frauen im Wandel der Generationen**

Dokumentation der Auftaktveranstaltung  
zur 15. Brandenburgischen Frauenwoche  
Demografische Entwicklung  
im Land Brandenburg

Potsdam - 4. März 2005



- Seite 4      Grußwort Ministerin Dagmar Ziegler
- Seite 6      Demografischer Wandel in Brandenburg  
Fakten, Konsequenzen und politische Herausforderungen  
Dr. Hans-Ulrich Oel, Leiter des Referats  
„Demografischer Wandel“ der Staatskanzlei Brandenburg
- Seite 9      Lebensphase Frühling – Bedingungen des Aufwachsens,  
der Bildung und Ausbildung  
Ulrike Häfner, Leiterin des Projektes KUKMA
- Seite 14     Lebensphase Sommer - Beschäftigung und Arbeit,  
Lebenswirklichkeiten von Frauen im mittleren Alter  
Birgit Hübner, Beigeordnete für Jugend, Soziales, Schule  
und Sport der Stadt Brandenburg
- Seite 17     Lebensphase Herbst – Lebensqualität im Alter  
Prof. Dr. Sieglinde Heppener,  
Vorsitzende des Seniorenrates des Landes Brandenburg
- Seite 22     Ableitungen  
Forderungen  
Perspektiven  
Handlungsräume
- Seite 25     Unsere Interessen auf's Podium!  
15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche  
- eine Chronik

# Grußwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Junges Gemüse und altes Eisen...“ – das ist ein sehr treffender Titel für eine Dokumentation, die sich mit den demografischen Perspektiven unseres Landes beschäftigt. Diese Broschüre des Frauenpolitischen Rates fasst zusammen, was dazu im März 2005 auf einem Fachforum zur Situation von Frauen und Mädchen in Brandenburg gesagt wurde. Sie richtet sich an Frauen und Männer, denn Bevölkerungsentwicklung kann es naturgemäß nur mit beiden, mit Familien und Kindern geben.

Die aktuellen demografischen Bilanzen und Prognosen haben uns alarmiert. Viele Jahrzehnte wurde ignoriert, was sich doch schon seit mehr als 100 Jahren abzeichnet: In Deutschland werden zu wenig Kinder geboren; die traditionellen Familienbünde zerfallen; die Gesellschaft überaltert zusehends. In absehbarer Zeit wird Deutschland in Europa das Land mit den wenigsten jungen Menschen sein - jedenfalls, wenn die „Kindermüdigkeit“ weiter anhält. Es wird zur wichtigsten Zukunftsfrage, mit allen verfügbaren und gebotenen Mitteln für mehr Kinder zu sorgen. Familie und Kinder sind unverzichtbar für die stabile Entwicklung der Gesellschaft. Sie sind längst keine „weichen“ Standortfaktoren mehr, sondern die „härtesten“ überhaupt.

Wir kommen nicht drum herum - und das hat inzwischen wohl auch fast jeder über die bekannten Lippenbekenntnisse hinaus verstanden: Frauen und Männer, Familien müssen gestärkt werden und Kinder müssen uns willkommen sein. Kinder sind unser wichtigstes „Kapital“ – und das nicht nur im Privatleben, sondern weit mehr im gesellschaftlichen Leben. Zwar mögen Kinder für manche Zeitgenossinnen und –genossen nicht alles sein – doch ohne Kinder ist alles nichts! Deshalb müssen wir den Kinderwunsch befördern und der Familienpolitik dauerhaft eine allererste politische Priorität geben. Dies erfordert, alle ins Boot zu holen, die Ver-



antwortung tragen für die Entwicklung der Gesellschaft – vor allem auch die Wirtschaft.

Aber es ist nicht allein der fehlende Nachwuchs, der uns besorgt; es sind ebenso auch die „innerdeutschen Wanderungen“. Sie verschärfen deutschlandweit die Konkurrenz zwischen Gemeinden und Städten; denn wo es Zuzugs-Gewinner gibt, da gibt es irgendwo auch Wegzugs-Verlierer. Brandenburg gehört – wie auch andere Ost-Länder - eindeutig zu den Verlierern: Es sind vor allem jüngere Menschen, gut gebildet und mobil, die unser Land verlassen und sich Arbeit und Heimat woanders suchen. Und es sind vor allem die westlichen Bundesländer, die von diesem Trend demografisch und wirtschaftlich profitieren. Allein in fünf Jahren (von 1997 bis 2002) verließen fast 5.000 Mädchen und Frauen zwischen 15 und 20 Jahren Brandenburg; bei den 20 bis 25-Jährigen waren es gar mehr als 16.000. Das ist für uns ein herber Verlust, denn gut qualifizierte junge Frauen sind einerseits unverzichtbar für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, für den Nachwuchs an Fach-

kräften; und andererseits fehlen sie uns als potenzielle Mütter, als junge Familien-Gründerinnen.

Die Gründe für diese Entwicklung sind bekannt: Zukunftschancen für junge Menschen sind in wirtschaftlich stärkeren Ländern nun mal größer als in den schwächer entwickelten Regionen; Ausbildung und die Aussicht auf einen Job sind dort eher sicher. Fakten, die wir einkalkulieren müssen – akzeptieren dürfen wir sie nicht! Wir müssen mehr mit Brandenburgs Pfunden wuchern und seine Potenziale nutzen – wie z.B. hoch gebildete junge Menschen; vielseitige Fach- und Hochschulen; ein großes Wissenschaftsreservoir; etliche High-tech-Standorte; eine gute Infrastruktur mit vielen touristischen Attraktionen; Hauptstadtnähe... Da kommt vieles zusammen, was Brandenburg liebenswert und lebenswert macht.

Aber Fakt ist auch: Die absehbaren Folgen der demografischen Entwicklung, die anhaltende Abwanderung und der wachsende Bedarf an jungen Fachkräften fordern Politik und Wirtschaft in neuer Weise heraus. Notwendig sind u.a. regionale Strategien, die gerade jungen Frauen Arbeitschancen und Lebensperspektiven geben. Das muss öffentlich und in der betrieblichen Praxis viel bewusster wahrgenommen und thematisiert werden. Wir verschenken Zukunft, wenn es nicht gelingt, die Regionen für Familien attraktiver zu gestalten und unsere vielfältigen wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technischen Potenziale intensiver zu nutzen.

Eine wichtige Säule für erfolgreiche Familienpolitik ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit – wozu z.B. eine den beruflichen Bedürfnissen angepasste Kinderbetreuung ebenso gehört wie die kinder- und familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsorganisation. Das Arbeitsministerium unterstützt mit speziellen Förderprojekten das Bemühen, mehr jungen Frauen den Weg ins Berufsleben zu ebnet, damit sie eben nicht vor der Entscheidung stehen

„Kind oder Arbeit“, sondern möglichst beides miteinander vereinbaren können. Dazu gehört u.a. die Erschließung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze für gut qualifizierte junge Frauen. Beispielsweise stehen den fünf siegreichen Projektträgern der jüngsten INNOPUNKT-Kampagne rd. 2 Mio Euro zur Verfügung, um für 125 junge Frauen interessante Arbeitsplätze zu erschließen und 65 weiteren Aufstiegschancen in ihren Betrieben zu ermöglichen. Wichtig war uns dabei, dass diese Mittel auch in entferntere Landesteile gingen, denn hier ist der Handlungsdruck besonders groß.

Ich bin sicher, dass diese Dokumentation eine interessierte Leserschaft finden wird. Sie widerspiegelt eine Diskussion, die wir künftig immer offensiver führen müssen. Niemand hat ein Patentrezept für die Bewältigung des demografischen Wandels – es gibt auch keins. Aber wir haben den Auftrag und den Willen, mit einer nachhaltigen Familienpolitik diesen Wandel anzupacken und seine Chancen für künftige Entwicklungen gut zu nutzen.



Dagmar Ziegler

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg

# Demografischer Wandel in Brandenburg

## Fakten, Konsequenzen und politische Herausforderungen

*„Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“*

*Karl Valentin*

### 1. Wandel

Die Bevölkerung im Land Brandenburg wird sich bis zum Jahr 2020 um 170.000 auf 2.574.000 Einwohner verringern. Dieser Rückgang setzt sich zusammen aus einer um 54.000 Einwohner wachsenden Bevölkerung im Berliner Umland (engerer Verflechtungsraum) und einer Bevölkerungsabnahme um 224.000 in den Berlin fernen Regionen des Landes (äußerer Entwicklungsraum).

Im Jahr 2020 wird die Bevölkerungszahl im engeren Verflechtungsraum um 30% über der des Jahres 1990 liegen, im äußeren Entwicklungsraum um 25% darunter.

*Demografischer Wandel und seine Wirkungskette*

**1990-1994** Starker Geburtenrückgang

**1993/1994** Die ersten Kindertagesstätten müssen geschlossen werden

**1997/1998** Beginn der Reduzierung von Primarschulstandorten

**2003/2004** Beginn Reduzierung Sekundarschulstandorte

**2005-2011** Rückgang der Schulabgängerzahlen um 60%

**2010** Beginn Fachkräftemangel/ Pflegekapazitäten werden knapp

**2014** Zahl der Hochbetagten (älter als 80 Jahre) gegenüber 2000 verdoppelt

**2020** Zahl der Hilfebedürftigen gegenüber 2001 um 60.000 und der Pflegebedürftigen um 35.000 gestiegen

**2020-2025** Letzte geburtenstarke Jahrgänge (1960-65, vor „Pillenknicke“) gehen in Rente

**2020-2030** Demografisches Echo: Die nach 1990 nicht geborenen Kinder fehlen als Elterngeneration - erneuter drastischer Rückgang der Geburtenzahlen: Jede folgende Generation schrumpft – bei gleichbleibenden Geburtenzahlen – um ein Drittel allein aufgrund

der fehlenden Geburten. Die Abwanderung ist dabei noch nicht eingerechnet.

### 2050

hat Brandenburg weniger als 2 Mio. Einwohner

#### Fazit

- Deutliche Alterung der Gesellschaft
- Geburtenrate stagniert nach leichtem Anstieg auf zu niedrigem Niveau
- Nachhaltiger Bevölkerungsrückgang und sinkendes Erwerbspersonenpotenzial
- Bevölkerungsverteilung im Land

### 2. Ursachen

- Wesentlich zu niedrige Geburtenrate
- Höhere Lebenserwartung der Menschen
- Abwanderung vor allem junger Menschen in andere Bundesländer

Der Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2020 im äußeren Entwicklungsraum setzt sich zusammen aus dem natürlichen Saldo (weniger Geburten als Sterbefälle) von -191.000 und einem Wanderungssaldo von „nur“ -33.000 Personen.

#### Fazit

*Da die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu 85% durch das Geburtendefizit und „nur“ zu 15% durch Abwanderung verursacht wird und der Bevölkerungsrückgang in einer Generation frühestens nach drei Generationen ausgeglichen werden kann, ist der Bevölkerungsrückgang auf mittlere Sicht nicht mehr aufzuhalten!*

### 3. Folgen

- Weniger Einnahmen für die öffentlichen Haushalte
- Nicht ausgelastete und damit teure Infrastruktur
- Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche
- Änderung der Sozialstruktur und soziale Segregation
- Weniger Schulabgänger, weniger Auszubildende, weniger Studierende
- Fachkräftemangel

# Demografischer Wandel in Brandenburg

## Fakten, Konsequenzen und politische Herausforderungen



Autor: Dr. Hans-Ulrich Oel,  
Leiter des Referats „Demografischer Wandel“

#### 4. Herausforderungen

##### **Ursachenbezogene Ansatzpunkte für familienpolitische Maßnahmen sind:**

- der rückläufige Kinderwunsch
- die Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und dessen Verwirklichung
- das ansteigende Alter der Erstgebärenden

##### **Strategische Handlungsfelder sind:**

- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Sensibilisierung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und den „Wert“ von Kindern
- Verbesserung der finanziellen Unterstützung von Familien/Alleinerziehenden mit Kindern (z.B. Erziehungsgeld mit Lohnersatzfunktion)
- Beseitigung negativer Anreize in den Steuer- und Sozialsystemen
- Schaffung bzw. Erhalt familiennaher Dienstleistungen
- Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit/ Ausbildung

##### **Anpassungsstrategien:**

###### Arbeit, Bildung, Soziales

- Bildung: Kitas, Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung – zu lebenslangem Lernen befähigen
- Erstausbildungszeiten verkürzen
- wirtschaftspolitisch orientierte Zuwanderungspolitik
- Renteneintrittsalter erhöhen

##### **Anpassungsstrategien:**

###### Wirtschaft

- „Demografie-Check“ für Förderprogramme
- Wirtschaftspolitik ist Familienpolitik
- Das Prinzip, die Schwächsten am stärksten zu fördern, ist durch Hilfe zur Selbsthilfe zu ersetzen
- Stärkung der regionalen Wachstumskerne

##### **Anpassungsstrategien:**

###### Raumordnung und Infrastruktur

- Zentrale Orte
- Rückbau von Wohnungen und Infrastruktur
- Aufwertung von (Innen-)Städten
- Verkehrsinfrastruktur anpassen, Vernetzung der Verkehrssysteme optimieren

##### **Anpassungsstrategien:**

###### Staat und Verwaltung

- Konzentration auf Kernaufgaben; Personalbedarf und –kosten senken
- räumliche Konzentration von Infrastruktur, Versorgung und Dienstleistungen
- Prioritäten setzen: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft
- Integrierte Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform
- Bürgernähe durch dezentralen und mobilen Service sowie eGovernment (Physische Wege werden länger, virtuelle Wege kürzer und komfortabler)



# Demografischer Wandel in Brandenburg

## Fakten, Konsequenzen und politische Herausforderungen

### 5. Dialog

#### **Erfordernis einer Kommunikationsstrategie**

Umfrageergebnisse machen deutlich: Demografischer Wandel löst einerseits Befürchtungen aus, andererseits sind die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen und den wirtschaftlichen Veränderungen nicht bewusst.

#### **Ziele einer Kommunikationsstrategie**

- Angst nehmen:  
Die Kommunikation muss Orientierung bieten.
- Mentalitätswechsel einleiten: Debatte über notwendigen Wertewandel führen.
- Offenheit einfordern:  
neue Lösungen, unkonventionelle Ideen
- Engagement fordern und fördern: Bürgergesellschaft, Ehrenamt, Eigenverantwortung
- Ein Leitbild für Brandenburg entwickeln:  
Erfolgschancen bestehen nur, wenn ein positives und konsistentes Leitbild existiert, das Perspektive und Hoffnung gibt und zur Handlungsorientierung und Priorisierung von Maßnahmen dient.

#### **Vorhaben**

- Demografie-Kongress am 1.6.2005 (Internationaler Kindertag), Regionalkonferenzen, Expertengespräche, Beteiligung an Tagungen von Organisationen und Verbänden
- Aktionen mit Kommunen / Kommunalen Spitzenverbänden
- Internetportal mit beispielhaften Problemlösungen („best practice“)

### 6. Chancen

Eine Krise – zunächst als Gefahr wahrgenommen – birgt immer auch die Chance, den erforderlichen Wandel für positive Veränderungen zu nutzen, vorausgesetzt es werden die richtigen Maßnahmen ergriffen:

- Familie: Frauen und Männer haben gleichermaßen ein selbstverständliches Recht auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen familiärem und beruflichem Leben.

- Familie und Erwerbstätigkeit: Mütter (und Väter) nehmen ihre berufliche Tätigkeit wieder früher auf.
- Wirtschaft: Erfahrungswissen und Netzwerke der Älteren als neues Innovationspotenzial erschließen.
- Kinder: volle Ausschöpfung des Bildungs- und Qualifizierungspotenzials
- Senioren: Verantwortung für die Gesellschaft, Potenzial für ehrenamtliches Engagement
- Gesellschaft: Gemeinschaft, Familie und Nachbarschaft (Dorf/Stadt) werden als „neue“ Werte wieder entdeckt.

*„Was die Zukunft betrifft, so haben wir nicht die Aufgabe, sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.“*

*Antoine de Saint-Exupery*

# Lebensphase Frühling

## Bedingungen des Aufwachsens, der Bildung und Ausbildung

Das Leben im Land Brandenburg verändert sich derzeit enorm. Der seit den 90er Jahren dramatische Geburtenrückgang durchläuft nicht nur alle Institutionen des öffentlichen Lebens, sondern er hat für das Aufwachsen der Mädchen und jungen Frauen von heute sowie für ihre Zukunft weitreichende Folgen.

Regionalforscher sprechen bereits von sogenannten „kumulativen Schrumpfungsprozessen“. Die Rede ist dabei von einem Teufelskreis: Die Menschen, die in Brandenburg geboren werden, gleichen längst nicht mehr den Sterbeüberschuss aus. Gleichzeitig verlassen junge Menschen, insbesondere gut qualifizierte Mädchen und junge Frauen, scharenweise das Land, weil sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze suchen oder ihrem Liebsten folgen. Wo immer weniger Menschen leben, sinkt auch die Nachfrage nach Gütern. Passiert das, machen Betriebe dicht, gehen Arbeitsplätze verloren, fehlen Steuereinnahmen und selbst die beste Kommunal- oder Landespolitik wird handlungsunfähig. Fehlt also in den öffentlichen Kassen das nötige Geld, muss gespart werden. Den Anfang kennen wir ja bereits. Ob medizinische Grundversorgung, Kitas oder Schulen, Jugendclubs, kulturelle oder Freizeiteinrichtungen und nicht zuletzt Verkehrsverbindungen – überall muss gestrichen werden. Zuerst trifft es immer jene, die keine politische Lobby haben. Wen wundert es also, dass die Interessen von Mädchen und jungen Frauen im Land Brandenburg in den Überlegungen zur Landesentwicklung so gut wie keine Rolle spielen. Wer aber an Mädchen und Frauen spart, spart sich über kurz oder lang die eigene Zukunft!

Werfen wir nun einen Blick auf den „Frühling des Lebens“, also auf diejenigen Mädchen und Frauen, die heute unter 18 bzw. unter 27 Jahre alt sind. Meine Überlegungen konzentrieren sich dabei auf die Frage, wie sich die zu erwartenden demografischen Veränderungen unmittelbar auf die Lebensbedingungen und Lebenschancen von Mädchen und Frauen auswirken werden.

Die Überalterung und weil so viele junge Menschen das Land verlassen, führen mehr und



mehr zur sogenannten Verödung ganzer Landstriche. Den Erwartungen an Lebensqualität nach heutigem Maßstab können in Zukunft vielleicht noch einige Städte gerecht werden, in denen sich das Wohnen und Arbeiten konzentriert. Gibt es aber keine Arbeit – aus welchem Grund sollten junge Menschen solche Orte als Lebensmittelpunkt wählen?

Junge Frauen oder Familien, die trotz allem mit Kindern leben, werden kaum noch die freie Wahl haben, ihren Wohnort zu bestimmen. Sie werden wohl dort leben, wo es Arbeit, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und vielleicht noch eine Schule gibt. Es sei denn, sie wollen ihren Kindern z.B. einen täglichen Fahrtweg, von bis zu 90 Minuten für eine Strecke zur nächsten Schule zumuten. In Anbetracht solcher Aussichten und dem Absinken der Anzahl von Kindern im schulpflichtigen Alter werden ja bereits heute die Schulstandorte drastisch reduziert. Es bleiben nur Schulen in lokalen Ballungsräumen erhalten, vorausgesetzt, es gelingt ihnen, eine möglichst hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern an sich zu binden. Dieser aggressive Existenzkampf zwischen Schulen sowie das Werben um Eltern und deren Kinder finden bereits heute statt.

# Lebensphase Frühling

## Bedingungen des Aufwachsens, der Bildung und Ausbildung

Weil der Geburtenknick nun in das Schulalter hineinreicht und damit auch die Kinder- und Jugendhilfe erreicht hat, werden derzeit massive Umbauprozesse angekündigt und in Teilen bereits umgesetzt. Der Umbau in Ganztagschulen und Schulen mit ganztägigen Betreuungsangeboten ist nicht nur frischer Wein in alten Schläuchen, sondern auch ein halbseidenes Sparkonzept. Bildung findet ja nicht nur in der Schule statt, sondern ist ein Prozess, der sowohl informell als auch in nicht-förmlichen Strukturen stattfindet. Deshalb sind ganz unterschiedliche Bildungsgelegenheiten, vor allem auch außerhalb der Schule immens wichtig, nicht nur, weil Mädchen mal ganz gerne unter sich sind oder die Nase voll haben von Belehrungen und den immer gleichen Erwachsenen.

Noch gibt es dafür wenige, aber sehr attraktive Einrichtungen für Mädchen und junge Frauen, die der Selbstbildung dienen und mit ihren spezifischen Konzepten zur Förderung der Gleichstellung und zum Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen beitragen. Sie orientieren sich mit diesem Anliegen unmittelbar am Kinder- und Jugendhilfegesetz und werden deshalb bestenfalls über Strukturen örtlicher Kinder- und Jugendhilfe finanziert.

Der gegenwärtige Umbau von Bildungseinrichtungen, Jugend- und Sozialleistungen verschleiert den realen Abbau. Für Kommunen ist es ein Leichtes, proportional zur sinkenden Anzahl von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern, die bereitgestellten Mittel zu reduzieren und dies mit nicht (mehr) vorhandenem Bedarf zu begründen. Der Verteilungskampf um verbleibende Finanzierungsformen ist bereits in vollem Gange. Es ist zu erwarten, dass von heute zehn Personalstellen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zukünftig etwa drei erhalten werden können. Die Prognosen für ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung sehen nicht besser aus, obgleich die zunehmende Verschärfung sozialer Problemlagen beobachten lässt, dass der Hilfebedarf steigend ist und daher keinesfalls proportional zu den zahlenmäßig ver-



*Autorin: Ulrike Häfner, geb. 1968, ist Master of Social Work und leitet seit 1999 das Projekt KuKMA. Sie ist Gründungsmitglied und Vorstandsfrau der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. Sie hat einen 16-jährigen Sohn.*

bliebenen Mädchen und jungen Frauen in Familien zu rechnen ist.

Mit dem Ausbau ganztagsschulischer Bildung verweilen die Schulpflichtigen künftig den ganzen Tag an einem gut kontrollierten Lern- und Erziehungsort. Den kläglichen Rest verbliebener Freizeit verbringen Mädchen und junge Frauen möglicherweise fahrend zwischen Wohn- und Schulort. Davon mal abgesehen, verfügen Mädchen ja sowieso über weniger Freizeit als Jungen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass sie vielmehr in die Organisation des Haushaltes, in familiäre Hilfsarbeiten und die Betreuung jüngerer Geschwister eingebunden sind.

Zynisch formuliert: Bei weiblicher Genügsamkeit und der Vorliebe, in der knappen Freizeit lieber zu lesen und zu relaxen sowie den ohnehin spärlichen Möglichkeiten, mit dem ÖPNV kostengünstig von A nach B und zu den wenigen kostenfreien Freizeitangeboten zu kommen – brauchen sie denn dann überhaupt noch was? Aus vielerlei Gründen nehmen Schulen in den konzeptionellen Überlegungen zur Zukunft Bran-

# Lebensphase Frühling

## Bedingungen des Aufwachsens, der Bildung und Ausbildung

denburgs eine Schlüsselposition ein. Schule kann aber nicht alles sein. Leben zu lernen braucht bekanntlich viel mehr.

Neue Formen der Kooperation zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen sollen deswegen entstehende Probleme auffangen sowie dafür Sorge tragen, dass die Bedürfnisse und Interessenlagen von Mädchen und jungen Frauen angemessen Berücksichtigung finden.

Gelingt es Mädchenarbeit jedoch nicht, in diesen neuen Kooperationsmodellen Fuß zu fassen bzw. sich an deren Ausgestaltung inhaltlich zu beteiligen, ist zu erwarten, dass auch die Zeit der wenigen verbliebenen Mädchenprojekte gezählt ist. Es handelt sich hierbei um eine Veränderungssituation, der sich Mädchenarbeit nicht entziehen kann. Doch die finanzielle Abhängigkeit von Subventionierungen und die teilweise inhaltliche Einbettung in Kontexte der Kinder- und Jugendhilfe bringen Mädchenarbeit in eine Zwickmühle. Mädchenarbeit könnte im Zuge des steigenden Anpassungsdrucks ihre Eigenständigkeit verlieren. Was wird dann aus feministischen Visionen und Gerechtigkeitsvorstellungen oder auch fachlichen Standards wie Freiwilligkeit, Parteilichkeit, Ganzheitlichkeit und Geschlechtshomogenität?

Im Klartext bedeuten die aktuellen Veränderungen auch: Kooperiert Mädchenarbeit nicht mit dem schulischem Bereich, besteht kaum eine Chance auf die Fortführung der ohnehin schon dürrftigen Finanzierungen aus örtlichen Töpfen. Im Interesse von Mädchen und jungen Frauen kann das aber ganz und gar nicht sein. Denn sie sind die unmittelbar Betroffenen der beschriebenen Veränderungen. Daher ist mit einer Vielzahl von alten und neuen Schwierigkeiten weiblichen Aufwachsens zu rechnen.

Zum Beispiel: Die Ausbildungsmisere ist inzwischen genauso alt wie unverändert. Besserung zeichnet sich nicht ab. Der eingangs beschriebene Teufelskreis führt dazu, dass es in Brandenburg immer weniger Ausbildungsbetriebe gibt. Sollte die Altenpflege die einzige Branche mit Zu-

kunft sein? Traditionelle Normalitätsvorstellungen sorgen ohnehin nach wie vor dafür, dass Mädchen und junge Frauen sich auf klassisch weibliche Ausbildungs- und Berufsfelder konzentrieren, klaglos weniger Geld in Kauf nehmen und auf Aufstiegschancen verzichten. Wenn es in Brandenburg an sinnvollen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen mangelt, braucht sich niemand zu wundern, dass diejenigen gehen, die flexibel und gut für die Zukunft gerüstet sind.

Wahrscheinlich leben heute viele Frauen hier, die keine gebürtigen Brandenburgerinnen sind, die ebenfalls ihr Glück woanders gesucht und vielleicht auch gefunden haben. Aufbruchsstimmung, Abenteuer, Lust auf Unbekanntes kennzeichnen das Leben junger Frauen genauso wie Wünsche nach Existenzsicherheit, nach einer eigenen Wohnung, nach einer liebevollen Beziehung und möglicherweise nach Kindern. Werden also in diesen Tagen die Weichen für die weitere Landesentwicklung gestellt, muss dies so geschehen, dass die Möglichkeiten eines Lebens für Mädchen und Frauen in Brandenburg sich auch mit ihren Wünschen nach Abgesichertheit ihrer persönlichen und beruflichen Perspektiven deckt. Junge Frauen und mit ihnen ihre, von ihnen selbst gewünschten Kinder sollten in Brandenburg sesshaft werden, weil sie hier leben wollen, nicht, weil sie keine andere Wahl haben! Was bei all den tiefgreifenden Veränderungen genau auf uns zukommt, wissen wir noch nicht. Aber einige Prognosen lassen sich durchaus formulieren.

Sichtbar ist bereits heute, dass die Zahl der Schulverweigerinnen stetig zunimmt. Das lässt vermuten, je stärker Schule und Freizeit verregelt werden, je rigider jugendkulturelle Selbstinszenierungen und Abgrenzungsbedürfnisse verhindert werden, umso mehr ist mit Widerstand und Verweigerung zu rechnen. In der Folge verschärfen sich sogenannte Schulverweigerinnenkarrieren. Weiterhin verlängern sich die Wartezeiten auf Ausbildungsplätze, die die Schwierigkeiten für Mädchen und junge Frauen, in die Arbeitswelt einzumünden und sich darüber eine relativ unab-

# Lebensphase Frühling

## Bedingungen des Aufwachsens, der Bildung und Ausbildung

hängige Existenz zu sichern, erhöhen.

Das Ausleben einer Verweigerungshaltung wird vermutlich neue subkulturelle Orte und bisher unbekannte Gelegenheiten des Ausprobierens hervorbringen. Diese Orte sind damit auch Anlässe des sozialen Lernens und der Weitergabe von Normen, Werten und neuen Leitbildern. Mädchenarbeit – sofern es sie noch gibt – wird also in der Ausgestaltung ihrer Hilfen und Unterstützungsleistungen dafür angemessene Strategien entwickeln müssen. Mädchenprojekte könnten daher auch neue Gegenkulturen kreieren, die am Gerechtigkeits- bzw. Unrechtsempfinden Ausgegrenzter anknüpfen. Die Angebote für Mädchen und junge Frauen können sich jedoch nicht allein an diejenigen richten, die bereits aus den Strukturen ausgebrochen sind oder aus anderen Gründen aus dem Normalitätsverständnis fallen. Prävention wird wichtiger denn je.

Damit meine ich insbesondere Gewaltprävention. Gibt es keine massiven Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und am Arbeitsmarkt, kann davon ausgegangen werden, dass der Strom derer, die Brandenburg nach Möglichkeit verlassen wollen, nicht so schnell versiegt. Zurück bleiben erfahrungsgemäß jene jungen Menschen, die sogenannte Bildungsdefizite aufweisen, die aus schwierigen familiären und sozialen Verhältnissen kommen und für die Arbeitswelt schlechter qualifiziert sind. Konkret heißt das: Die Bevölkerung verschiebt sich auf Kosten der Frauen, die gleichzeitig die Defizite durch Geburten ausgleichen sollen.

Insbesondere in ländlichen Regionen kann damit gerechnet werden, dass es in der jüngeren Bevölkerung einen Überschuss an Jungen und jungen Männern gibt, die auf die Gunst weniger Mädchen und junger Frauen angewiesen sein



# Lebensphase Frühling

## Bedingungen des Aufwachsens, der Bildung und Ausbildung

werden. Von einer Zunahme von Gewalttätigkeiten kleiner Jungen und sexuell motivierter Übergriffe pubertierender junger Männer kann also ausgegangen werden. Anders gesagt, handelt es sich hierbei auch um sogenannte Hahnenkämpfe untereinander, um Balzen um die Gunst der wenigen verbliebenen Mädchen und Frauen. Um solchen Szenarien rechtzeitig zu begegnen, müsste mehr denn je in beispielsweise antisexistische Jungenarbeit, Selbstbehauptungstrainings für Mädchen, geschlechtsreflexive Angebote zur Berufs- und Lebensplanung usw. investiert werden.

Alarmieren sollte uns auch die steigende Zahl minderjähriger Mütter. Hier wäre ernsthaft der Frage nachzugehen, warum so viele Mädchen in heutigen Zeiten ungewollt schwanger werden und welche Wünsche und unerfüllten Bedürfnisse diese Mädchen mit einem Leben mit Kindern assoziieren. Es lässt sich vermuten, dass gerade der Rückzug in traditionelle Konstruktionen von Familie und damit einhergehende eindeutige Rollenzuweisungen als eine vermeintlich sicherere Perspektive erscheinen. Dies hat jedoch gravierende Folgen für Chancengleichheit und Gleichberechtigung und bedeutet für das Land Brandenburg einen Entwicklungsrückschritt in den Dimensionen mehrerer Jahrzehnte.

Ein weiteres Resultat der tiefgreifenden Veränderungen wird wahrscheinlich wachsende Armut sein. Damit meine ich nicht nur materielle Armut sondern auch geistige, emotionale, soziale etc.. Armut erhält ein neues, vielfältigeres Gesicht. Wir werden vermutlich zunehmend mit einer Kombination aus materieller Armut und Bildungsarmut konfrontiert. Dabei handelt es sich um ein wechselseitiges Bedingungsgefüge, das in jedem Falle zu sozialer Ausgrenzung führt. Naheliegender scheint demnach, dass Mädchenarbeit/Mädchenpolitik ihre bisherigen Themenfelder, die sich an der Kinder- und Jugendhilfe oder Frauen- und Gleichstellungsförderung orientierten, erweitern muss. Außerdem lassen sich soziale Probleme längst nicht mehr thematisch oder lokal begrenzen. Phänomene von Armut, neue Formen von

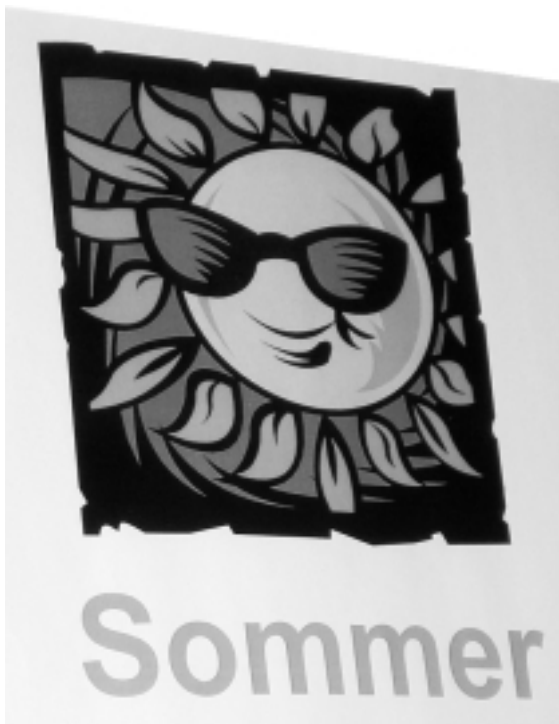
Sklaverei, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung usw. machen das mehr als deutlich. Systemische Betrachtungen sozialen Unrechts und Not sollten dazu führen, künftige Hilfe und Unterstützungsleistungen nicht allein auf Menschen oder Menschengruppen zu beschränken, sondern darauf einzuwirken, dass sich benachteiligende Strukturen verändern können.

Mädchen- und Frauenpolitisches Engagement war und ist seit jeher eine notwendige Bedingung für die Ermöglichung eines gelingenden Lebens. Was politisch Verantwortliche bereit sind, in diese Ressource zu investieren, daran wird sich die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs messen lassen.

Brandenburg hat eine attraktive Zukunft, wenn hier selbstbewusste kluge Frauen mit ihren Familien leben können, wenn in Brandenburg Mädchen und junge Frauen ihre Geschicke in die Hand nehmen und dabei auch Unterstützung erhalten. Brandenburg ist nicht mit Menschen geholfen, die das Land auf dem schnellsten Weg verlassen wollen und nicht den Wunsch haben, sich in Brandenburg eine Zukunft aufzubauen. Damit Mädchen und junge Frauen für sich in Brandenburg eine Perspektive sehen können, sind mädchenpolitisches Engagement und Strukturförderungen weiterhin uneingeschränkt notwendig!

# Lebensphase Sommer

## Beschäftigung und Arbeit, Lebenswirklichkeit von Frauen im mittleren Alter



„Demografie“ und „demografischer Wandel“ sind Begriffe, die uns seit einiger Zeit immer stärker beschäftigen. Die Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Problemen ist nicht mehr ausschließlich Anlass von Expertendiskussionen sondern mittlerweile ein in der Öffentlichkeit breit diskutiertes Thema geworden.

Doch wie so oft wechselt ein Extrem ins andere: Wurde die demografische Entwicklung über lange Zeit verharmlost oder mehr noch, ignoriert, so ist inzwischen oft eine Dramatisierung dieses Themas anzutreffen. Wie in vielen anderen Fällen auch, ist nicht selten eine Instrumentalisierung festzustellen, denn die Diskussion über die „demografische Zeitbombe“ eignet sich zum Beispiel vorzüglich zur Rechtfertigung sozialer Kürzungen.

Es ist daher gut, dass solche Fachtagungen auch dazu dienen, diese Diskussion durch Übermittlung von Zahlen und Fakten zu versachlichen. In meinem Referat werde ich mich auf den Schwerpunkt Arbeit konzentrieren, wobei so-

wohl die Erwerbsarbeit von Frauen als auch Fragen von Nichterwerbsarbeit und damit von Work-Life-Balance, wie man es heute ja nennt, angesprochen werden sollen.

Vorab erinnere ich an die sogenannte Bevölkerungsvorausberechnung, die das Statistische Bundesamt in regelmäßigen Abständen veröffentlicht und wo mehrere Varianten der Bevölkerungsentwicklung aufgestellt werden. Der Kern der Ergebnisse: Wir werden im Jahr 2050 in Deutschland weniger Menschen sein und wir werden älter. Ab ca. dem Jahr 2013 wird die Einwohnerzahl in Deutschland zurückgehen und bis 2050 auf gut 75 Millionen Menschen fallen, weil - wie schon in den letzten 30 Jahren - stets mehr Menschen sterben als Kinder zur Welt kommen. Die Geburtenhäufigkeit wird weiterhin beim heutigen Stand von 1,4 Kindern pro Frau bleiben, statistisch gesehen wären aber 2,1 Kinder pro Frau vonnöten, um einen Rückgang der Bevölkerung zu vermeiden. Selbst ein jährlich positiver Wanderungssaldo - also die Zuwanderung von innerhalb und außerhalb der EU - kann den Bevölkerungsrückgang zwar dämpfen, aber nicht ausgleichen. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Altersstruktur haben die Statistiker festgestellt, dass die schon heute stattfindende zunehmende Alterung der Bevölkerung zwischen 2010 und 2030 eine „kritische Beschleunigung“ erfahren wird.

Wenn man vor dem Hintergrund solcher demografischen Trends noch Themen aufrufen würde, wie den Wandel der Familien- und Lebensformen durch Veränderungen des Heirats- und Scheidungsverhaltens oder die Zunahme von Alleinerziehenden-Haushalten etc., dann wird das ganze Spektrum der Probleme sichtbar. Und es wird auch klar, dass wir vor einer großen gesellschaftlichen Herausforderung stehen. Aus Zeitgründen werde ich nur auf einige Aspekte eingehen. Zum Beispiel auf die Frage: Wo liegen die

# Lebensphase Sommer

## Beschäftigung und Arbeit, Lebenswirklichkeit von Frauen im mittleren Alter

Chancen und Risiken des demografischen Wandels für die Erwerbsarbeit von Frauen?

Zwar sind Frauen inzwischen in Deutschland – anders als in den meisten anderen EU-Ländern – nicht mehr stärker als Männer von offiziell gemessener Arbeitslosigkeit betroffen, aber ihre Erwerbsquoten liegen, ungeachtet hoher Bildungsabschlüsse, immer noch deutlich unter denen der Männer. Selbst vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen im Schnitt ein Drittel weniger als Männer in gleichen Positionen. Die Erwerbsbiographien von Männern und Frauen nähern sich zwar an, doch fehlen Frauen der Geburtsjahrgänge 1951-1955 am Ende ihres Arbeitslebens deutschlandweit immer noch sieben, im Westen sogar neun Erwerbsjahre gegenüber den Männern.

Zwar werden sich im demografischen Wandel die Chancen für gut qualifizierte Frauen erhöhen, vor allem in den Dienstleistungsbereichen, in der Forschung und Entwicklung und in Tätigkeiten der Disposition und Entscheidungsvorbereitung. In Bezug auf die Chancen weiblicher Niedrigqualifizierter und die künstlich niedrig gehaltenen Erwerbsanreize für verheiratete Frauen sind allerdings kaum Veränderungen zu erkennen. Daher ist es weiterhin eine zentrale Aufgabe, junge Frauen für qualifizierte, zukunftsorientierte Berufe zu gewinnen.

Ich betrachte eine bessere Beteiligung von Frauen an Weiterbildungsmaßnahmen und Qualifizierungsangeboten als eine wichtige Voraussetzung dafür, die Chancen von Frauen zu verbessern. Dafür müssten neue Angebote geschaffen und die vorhandenen stärker auf die diskontinuierlichen Erwerbsbiographien von Frauen ausgerichtet werden. Es sollte zum Beispiel viel mehr Angebote für Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte oder für Weiterbildung während der Elternzeit geben.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung, denn für uns Frauen wird es weiterhin auch darum gehen, das Leben als Ganzes und damit die Verbindung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Blick zu nehmen. Die Probleme, die vor allem gut qualifizierte Frauen dazu bewegen, auf Kinder zu verzichten, liegen nach wie vor darin, dass in Deutschland die Entscheidung für Kinder mit erheblichen Einbußen in den beruflichen Entwicklungs- und Karrierechancen bestraft wird. Zieht man EU-Vergleiche heran, dann zeigt sich, dass die Geburtenraten vor allem dort höher liegen (Frankreich, Schweden...), wo – u.a. durch eine vernünftige Infrastruktur zur Kinderbetreuung – die Möglichkeiten für Frauen, Beruf und Familie zu vereinbaren, besser sind als in Deutschland.

Neben der Verbesserung der staatlichen Sozialpolitik kommt auch den Betrieben eine zunehmend wichtige Rolle zu und zwar vor allem durch eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, sind Familien keineswegs gegen flexible Arbeitszeiten eingestellt, sondern diese kann man sogar bewusst für familiäre Arrangements nutzen. Dies setzt aber voraus, dass die Zeiten zu planen und zu beeinflussen sind. Viele Unternehmer – aber auch manche Betriebsräte – müssen immer noch davon überzeugt werden, dass sie hier eine gesellschaftliche Aufgabe haben, aber auch selbst langfristig durch Fluktuation entstehende Kosten einsparen können.

Genauso brisant – und sicher von zunehmender Bedeutung – ist die Frage, Erwerbsarbeit und Pflege unter einen Hut zu bekommen. Angesichts des demografischen Wandels werden wir uns in Zukunft immer stärker mit der Kombination dieser beiden Aufgaben beschäftigen müssen. Und auch da wird die Hauptlast weiterhin auf den Schultern von Frauen liegen. Im Jahr 2050 wird mit rund 3,4 Millionen älteren Men-



# Lebensphase Sommer

## Beschäftigung und Arbeit, Lebenswirklichkeit von Frauen im mittleren Alter

schen gerechnet, die der Pflege bedürfen. Das ist eine Steigerung um 80% gegenüber heutigen Zahlen. Die finanziellen Probleme für die Pflegeversicherung sind bereits jetzt absehbar. Dies birgt zweifellos auch die Gefahr von Mehrbelastungen und weiteren beruflichen Problemen von Frauen, die in dem Alter sind, in dem besonders häufig gepflegt wird (ab 40). Schon heute müssen viele ihre Erwerbstätigkeit aufgrund häuslicher Pflege einschränken oder sogar ganz aufgeben. Beispiele dafür, wie man Männer zur Übernahme entsprechender Pflegeaufgaben motivieren kann, sind mir nicht bekannt. Auch hier gibt es einiges zu tun.

Wie deutlich wurde, bietet der demografische Wandel zumindest für gut qualifizierte Frauen im Rahmen der längerfristigen Arbeitsmarktentlastung gewisse Chancen, ihre Arbeitsmarktintegration zu verbessern und über den Lebensver-

lauf zu stabilisieren. Hier werden sich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern eher reduzieren, während die Kluft zwischen gut qualifizierten und berufsorientierten, oft kinderlosen Frauen und solchen mit niedriger Qualifikation und stärkerer Orientierung auf Kinder- und Familienarbeit weiter zunehmen dürfte. Eine allgemeine Gefahr für das Wiederaufleben der Geschlechterrollen dürfte aus dem erneut wachsenden Bedarf an familiärer Altenpflege resultieren, wenn es weiterhin nicht gelingt, die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Care-Arbeit stärker aufzubrechen.

---

*Autorin: Birgit Hübner, geb. 1957, Krankenschwester und Dipl.-Betriebswirtin, arbeitet als Beigeordnete für Jugend, Soziales, Schule und Sport der Stadt Brandenburg an der Havel. Sie hat zwei Töchter.*



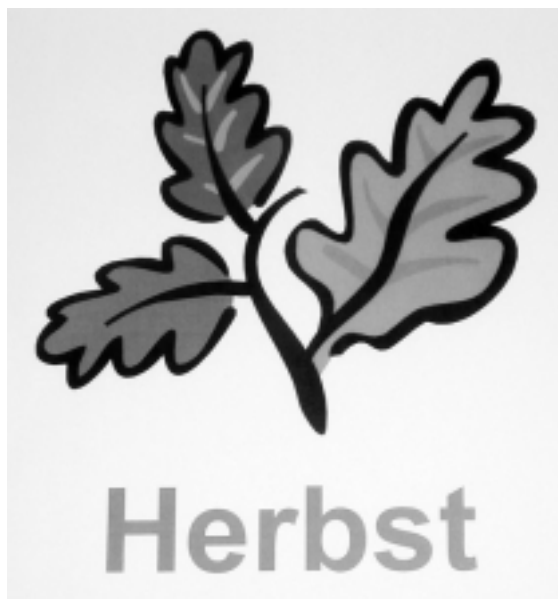
# Lebensphase Herbst

## Lebensqualität im Alter

„Die Älteren sind nicht so leicht auf einen Begriff zu bringen ...“ Dieser Feststellung unseres Ministerpräsidenten ist durchaus zuzustimmen. Wir versuchen, uns heute den Lebensbedingungen, Ansprüchen und Wünschen von Menschen in den verschiedenen Lebensaltern über die naturgesetzlich bedingte Abfolge der Jahreszeiten zu nähern. In der Tat ist es Naturgesetz, dass der Mensch altert. Wie wir aber mit diesem uns vorgegebenen Prozess umgehen, wie wir unser Leben in den unterschiedlichen Lebensphasen gestalten, hängt zum Einen von uns selbst und zum Anderen von den materiellen, politischen und geistigen Rahmenbedingungen unseres Älterwerdens ab. Als solche haben sich das jeweilige Altenbild der Gesellschaft, die Möglichkeiten für ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und nicht zuletzt die Situation von Pflegebedürftigen, deren Zahl wachsen wird, erwiesen.

Die demografische Entwicklung zwingt uns, viele Fragen neu zu stellen. Dabei war es noch nie verkehrt, sich bei der Suche nach Antworten der vorhandenen Kenntnisse und Erfahrungen zu vergewissern. Die Lebensrealität der Alten lässt sich nicht nur mit dem Herbst, der Zeit der Ernte, der bunten Blätter und der noch warmen Tage umschreiben. Sie umfasst auch den Winter, die dunkle Zeit der Kälte und der ruhenden Natur. Sie bedeutet aber auch nicht nur Winter. Der Fortschritt im modernen Altenbild ist eng an die Erkenntnis geknüpft, dass Alter heute gut 40 Jahre umfasst und dass ein gewaltiger Unterschied zwischen der dritten und der vierten Lebensphase – also zwischen Herbst und Winter – besteht.

Nach Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik lebten Ende 2003 in Brandenburg 2.582.379 Menschen; 1.276.145 Männer und 1.306.234 Frauen. Im Alter von 60 bis 70 Jahren waren insgesamt 361.833 Menschen, davon 188.482 Frauen. Älter als 70 Jahre waren insgesamt 278.112 Bürger, davon 181.481 Frauen. Die über 60-Jährigen werden



im Jahr 2040 mehr als 40% der Bevölkerung Brandenburgs ausmachen.

Gesellschaftliche Veränderungen und medizinischer Fortschritt haben in den Industrieländern dazu geführt, dass die Menschen nicht nur länger leben, sondern dass sie auch länger aktiv, gesund, fit und leistungsfähig bleiben. Davon abgesehen, werden durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplatzsituation Menschen künstlich „alt“ gemacht. Mit 45 Jahren ist ein Arbeit suchender Mensch, weil schon zu alt, nicht mehr vermittelbar. Sieht man von denen, die sich im Vorruhestand und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden ab, weist die offizielle Arbeitsmarktstatistik für Ostdeutschland 406.513 Arbeitslose in der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen aus. Das sind 25% aller Beschäftigungslosen.

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung der Menschen fast verdoppelt. 2003 gab es in Brandenburg 622 Frauen und 210 Männer, die ihren 100. Geburtstag feiern konnten. Altersprognosen gehen davon aus, dass die heute 30-jährigen Frauen durchaus die Chance haben, 100 Jahre alt zu werden. Die 2004, von den Lebensversicherungen veröffentlichten Sterbetafeln gehen von einer Lebenserwartung der Frauen von 100,5 Jahren aus.

# Lebensphase Herbst

## Lebensqualität im Alter

Wir haben also allen Grund, uns mit dem Alter zu beschäftigen. Der von Harald Schmidt ausgesprochene Satz, „Wer das Alter nicht mag, muss sich jung aufhängen“ ist zwar sehr provokativ, aber wohl trotzdem richtig. Dabei ist es schon sehr wichtig, die beiden Lebensphasen im Alter – Herbst und Winter, um bei den Jahreszeiten zu bleiben – zu unterscheiden.

Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, die bei einer geringeren Lebenserwartung in der Vergangenheit zwangsläufig das Bild vom alten Menschen prägten, kennzeichnen heute weitgehend nur die letzten Lebensjahre der Menschen.

Die sogenannten „jungen Alten“ fühlen sich nicht alt, sind kein altes Eisen, keine Betreuungsfälle und schon gar kein Schrott. Sie möchten aktiv sein, mitwirken und sich einmischen. Für diese Aktivität bringen sie Voraussetzungen mit, wie sie in diesem Maße vor ihnen keine Senioren-generation vorweisen konnte. In der Mehrheit sind sie weitgehend materiell gesichert, ökonomisch unabhängig und gut ausgebildet. In den neuen Bundesländern haben Frauen Selbstbewusstsein entwickelt, das auf ihrer ökonomischen Selbstständigkeit in Bezug auf das eigene Leben und das ihrer Kinder beruht. Sie verfügen in der Mehrheit über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder über einen Studienabschluss. Ihre Rente ist durch eigene lebenslange Berufstätigkeit erarbeitet. Dieses, auf Lebenserfahrung und Lebensleistung gegründete Selbstbewusstsein bestimmt auch ihre Ansprüche an ein aktives selbstbestimmtes Leben im Alter.

Altenpolitik muss differenzierte Angebote für die unterschiedlichen Lebensphasen im Alter entwickeln. Ein Altenbild, das die Alten schlechthin als hilflose und pflegebedürftige Betreuungsobjekte ansieht und behandelt, geht an der Realität vorbei. Ganz zu schweigen von menschenfeindlichen Auffassungen über die Alten als Kostenfaktor und gesellschaftlicher Ballast.

90% der Älteren führen einen eigenen Haushalt, leben in der eigenen Wohnung. Eine im Landkreis Oder-Spree durchgeführte Befragung hatte das bemerkenswerte Ergebnis, dass nur 6,6% in ein Heim gehen würden, wenn sie Hilfe brauchen. Nur jeder Fünfte der über 80-jährigen Frauen und Männer wohnt in einem Seniorenheim. Insgesamt werden in Brandenburg zur Zeit 68.000 Menschen, die nach dem Pflegegesetz eine Pflegestufe haben, in Pflegeeinrichtungen versorgt (von 278.112 über 70-Jährigen).

Das Alter ist eine aktive Lebensphase. Wie Frühling, Sommer, Herbst und Winter zusammengehören, sind die Alten und Älteren Teil der Gesellschaft. Ein Altenbild, das alte Menschen nur als Hilfe- und Betreuungsbedürftige betrachtet, schließt – ob gewollt oder nicht – die Alten aus dem gesellschaftlichen Ganzen aus.

Der demografische Wandel verlangt ein Bild vom Alter, das die ältere Generation in die Gesellschaft integriert und nicht ausschließt. Die Alten gehören in die und zur Gesellschaft, die von Alten und Jungen gleichermaßen geprägt ist und an die sie im gleichen Maße legitime Lebensansprüche stellen.

Alte Frauen – und sicher auch alte Männer – stellen erst einmal keine anderen Ansprüche an ihr Leben als junge Frauen und junge Männer. Sicher: jeder Mensch, ob alt oder jung, trägt individuelle Züge, hat sehr persönliche Wünsche und Hoffnungen und sehr unterschiedliche Lebensziele. Aber bei aller Unterschiedlichkeit gibt es doch Gemeinsames: Alte und Junge wollen gesund alt werden. Sie wollen in sozialer Sicherheit leben. Sie fragen nach einem sinnvollen Leben. Sie wünschen sich, dass von anderen ihre Persönlichkeit anerkannt, ihre eigenen Leistungen und Fähigkeiten gewürdigt werden. Sie streben nach einer gerechten Teilhabe an den materiellen und geistigen Gütern der Gesellschaft.

Es soll auch schon vorgekommen sein, dass sich alte Menschen unsterblich verlieben.

Selbstverständlich sind alte Menschen alt und

# Lebensphase Herbst

## Lebensqualität im Alter

nicht jung. Wir Alten wollen nicht ständig an der Jugend gemessen werden. So, als ob allein der junge der ideale Mensch und ewige Jugend das einzig erstrebenswerte Ideal sei.

Erst vor diesem Hintergrund prinzipiell gleicher gesellschaftlicher Bedeutung von Alten und Jungen kann ohne Diskriminierung nach den Besonderheiten des Alters gefragt werden.

Auch bei gesunden Organen und stabilen Knochen zeigt sich da bekanntlich Einiges. Im Denken und Handeln sind alte Menschen nicht mehr so schnell. Innovationen werden langsamer erkannt, schnelle Entschlüsse dauern etwas länger. Steile Berge und schwere Lasten erweisen sich plötzlich als große Hindernisse. Technische Neuerungen und die entsprechenden Gebrauchsanweisungen haben so ihre Tücken. Vieles, aber sicherlich nicht alles, kann durch Lebensklugheit, Erfahrungswissen, Beharrlichkeit und Einfühlungsvermögen ausgeglichen werden. Und: Die Zahl der älteren InternetbenutzerInnen

nimmt rapide zu. Computerkurse, die von Seniorenbeiräten angeboten werden, sind zum Beispiel immer ausgebucht.

Seniorinnen und Senioren wollen als gleichwertiger, gleichberechtigter und gleich verpflichteter Teil des gesellschaftlichen Ganzen wahrgenommen und behandelt werden. Hier wird nicht nur ein Anspruch formuliert. Die Alten leisten auch viel und bringen sich auf vielfältige Weise in die Gemeinschaft ein. So wichtig, wie die Großeltern für die Familie sind, so wenig kann zivilgesellschaftliches Engagement ohne die Alten auskommen. Angesichts des demografischen Wandels wird dieses Engagement der Alten unverzichtbar. Das perfide Gerede von den Alten, die in südlicher Wärme auf Mallorca ihr großes Vermögen verjubeln und auf Kosten ihrer Kinder und Enkel leben, entlarvt sich angesichts der gesellschaftlichen Realität selbst. Die Beteiligung der Alten an der ehrenamtlichen Arbeit in den Sport- und Kulturvereinen, der Feuerwehr, an Schulen,



# Lebensphase Herbst

## Lebensqualität im Alter

in der Ausländerintegration, in der Nachbarschaftshilfe, im Umweltschutz, in der Pflege und in den Heimbeiräten, als Zeitzeugen u.a.m. ist in Brandenburg überdurchschnittlich hoch. Ein Drittel der 60- bis 70-Jährigen engagiert sich im Ehrenamt. Von den über 70-Jährigen tun dies immer noch fast 30%.

Ehrenamtliches Engagement entsteht nicht von selbst. Es braucht Organisation und Unterstützung. Diese leisten Seniorenbeiräte, die für die Artikulation und die eigene aktive Realisierung von Lebensansprüchen älterer Menschen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben.

In Brandenburger Kommunen gibt es zur Zeit ca. 190 Seniorenbeiräte. Sie leisten in 13 der 14 Brandenburger Landkreise, in allen vier kreisfreien Städten und in der Hälfte aller Städte und Gemeinden einen unverzichtbaren kommunalpolitischen Beitrag. Alljährlich organisieren die Seniorenbeiräte die Brandenburgische Seniorenwoche. Es ist sicher kein Zufall, dass sie in diesem Jahr unter dem Motto steht „Jung und Alt gestalten gemeinsam die Zukunft“. In den Seniorenbeiräten arbeiten ständig fast 2.000 Frauen und Männer. Wie ehrenamtliche Arbeit in Brandenburg überhaupt weitgehend von den Frauen getragen wird, bilden sie auch in diesen die Mehrheit. 66% der Mitglieder sind Frauen.

Die Alten haben die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte und den gleichen Anspruch auf die Nutzung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Potenzials der Gesellschaft wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft. Aber auch hier verwirklicht sich nichts von selbst. Ansprüche müssen öffentlich überzeugend formuliert und auch die Rechte alter Menschen müssen politisch eingefordert und in der täglichen Arbeit durchgesetzt werden. Deshalb brauchen Seniorinnen und Senioren politische Partizipation und Teilhabe und sie brauchen demokratische Instrumentarien, um diese zu realisieren.

Als solche verstehen wir die Seniorenbeiräte.



*Autorin: Prof. Dr. Sieglinde Heppener, geb. 1934, Diplomphilosophin, ist Vorsitzende des Seniorenrats des Landes Brandenburg. Sie ist verheiratet und hat 3 Kinder.*

Die Seniorenbeiräte in Brandenburg entstanden seit Anfang der neunziger Jahre im Gefolge der Runden Tische. Sie haben sich zu einem beträchtlichen gesellschaftlichen Kräfte- und Wirkungsfeld alter und älterer Menschen entwickelt. Sie geben der älteren Generation vor allem Wirkungsmöglichkeiten für ihre Bereitschaft, sich für die Belange der Kommune einzusetzen. Als Interessenvertreter der im Territorium lebenden Seniorinnen und Senioren verkörpern sie Wissen und Können der älteren Generation und die Erfahrungen eines langen Lebens. Sie nehmen die Vorschläge der Seniorinnen und Senioren zu allen Angelegenheiten der Gemeinde auf, bringen ihre Forderungen, Wünsche und Sorgen in die Öffentlichkeit. Sie befriedigen die Bedürfnisse der älteren Menschen nach sozialen Kontakten und einem geselligen Leben in der Gemeinschaft.

Die ehrenamtliche Arbeit im Seniorenbeirat ist zwar in erster Linie Arbeit für andere, aber in gleichem Maße auch wichtig für jede und jeden selbst. Sie vermittelt das für unser Selbstbewusstsein so wichtige Gefühl, nicht allein zu sein, gebraucht zu werden. Das sonst brachliegende Wissen und Können der Alten wird zum Nutzen

# Lebensphase Herbst

## Lebensqualität im Alter

der Gemeinschaft wieder entdeckt und neue selbstbewusste Kräfte entstehen.

Um so unverständlicher ist, dass einige Vertreter der Landesregierung sowie der Landkreise und Städte gegenüber den Seniorenbeiräten eine Haltung einnehmen, die als widersprüchlich aufgefasst werden muss. Einerseits wird ihre Arbeit hoch gelobt. Andererseits aber ringt der Landes seniorenrat seit Jahren vergeblich um eine verbindliche Feststellung der Rechte und Pflichten der Seniorenbeiräte im Land Brandenburg.

Die besondere Situation in Brandenburg lässt die ohnehin schon komplizierten Fragen nach den Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung und den Folgen des demografischen Wandels noch brennender werden. Der Seniorenrat des Landes Brandenburg teilt alle Sorgen um die zukünftige Gestaltung der Lebensbedingungen auf dem sogenannten flachen Land. Die Bewohnerzahl in den Berlin fernen Gebieten Brandenburgs nimmt sichtbar ab. Übrig in den Dörfern bleiben die Alten. Welche Lebensperspektive können wir ihnen geben? Wie kann das humanistische Anliegen, dass älteren Menschen der Zugang zu sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen nicht nur bewahrt, sondern erleichtert werden muss, unter diesen Bedingungen realisiert werden? Wie können die Versorgung mit Konsumgütern, die medizinische Betreuung und die Mobilität der Alten durch erreichbare und bezahlbare Transportmittel gewährleistet werden? Wie muss die Betreuung und Pflege für eine in Zukunft wachsende Zahl von pflegebedürftigen Menschen organisiert werden? Wie müssen die zukünftigen Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen so entwickelt werden, dass sich Junge und Alte gleichermaßen wohl und zu Hause fühlen? Die demografische Entwicklung zwingt uns, hier nach neuen Lösungen zu suchen. Die Erfahrungen bereits vorhandener unkonventioneller Angebote für Wohnen und Pflege müssen weiter verbreitet werden. Sicher ist, dass eine dem wachsenden

Pflegebedarf entsprechende, ansteigende Zahl von Pflegeheimen weder ökonomisch möglich noch sozial wünschenswert ist.

Auch im Winter ihres Lebens wollen selbstbewusste Frauen und Männer, die ihr Leben aktiv gestaltet haben, eigenverantwortlich leben, selbst über ihre Lebensführung entscheiden. Dazu müssen z.B. durch mobile Pflegeeinrichtungen und Hauswirtschaftsservice, aber auch durch Selbsthilfe und das Ehrenamt die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sie so lange wie irgend möglich in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Einen beachtenswerten Weg geht hier die Seniorenheim GmbH Wildau, die neben den Pflegeheimen betreutes Wohnen und einen mobilen Pflege- und Hauswirtschaftsdienst für alle im Territorium anbietet. Auch in Brandenburg, z.B. in Potsdam, sind inzwischen Projekte entstanden, in denen Junge und Alte, neben der abgeschlossenen eigenen Wohnung, Gemeinschaftseinrichtungen gemeinsam nutzen und einander besser helfen können.

Unter diesem Aspekt dürfen die Fragen nach der Zukunft der Pflege und die nach dem Wohnen im Alter nicht länger als getrennte Bereiche behandelt werden. Administrative Schranken und „Kirchturmdenken“ müssen abgebaut werden. Schnelle Lösungen oder eine Formel, die alle Probleme auf einmal löst, gibt es sicher nicht. Wenn wir künftig im umfassenden Sinne barrierefrei leben wollen, sollten wir erst mal damit beginnen, barrierefrei zu denken.

# Ableitungen ... Forderungen ... Perspektiven ... Handlungsräume

Weniger als 2 Millionen Menschen werden 2050 im Land Brandenburg leben. Die Auswirkungen dieser Prognose auf die Lebenschancen von Mädchen, Frauen und Seniorinnen waren Thema der landesweiten Auftaktveranstaltung zur 15. Brandenburgischen Frauenwoche. Etwa 200 TeilnehmerInnen beschäftigten sich unter dem Titel „junges Gemüse und altes Eisen“ mit den sich bereits heute abzeichnenden Entwicklungen und schon jetzt spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels. In drei Impulsreferaten „Frühling“, „Sommer“ und „Herbst“ wurden die Belange von Frauen in den unterschiedlichen Lebensphasen thematisiert. Es ging auf dieser Tagung nicht nur um die Bilanzierung des Gegebenen und den Ausblick auf das zu Erwartende sondern darum, auf diese Entwicklungen Einfluss zu nehmen und Forderungen an die politisch Verantwortlichen zu formulieren. Drei Workshops - eng angelehnt an die Impulsreferate – suchten vorrangig nach praktischen Ableitungen und politischen Handlungsräumen.

## **Workshop „Frühling“**

Im Workshop „Frühling“ wurden die Lebens- und Bleibechancen von Mädchen und jungen Frauen diskutiert. Der jetzigen Landesentwicklungsplanung kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Mädchen und junge Frauen sind anderen Anforderungen und Zumutungen ausgesetzt als Jungen und junge Männer. Eine große Bedeutung haben dabei die schulische Bildung und die Organisation von außerschulischen Lerngelegenheiten. Leben lernen ist ein Prozess, der geschlechtshomogene Orte und Unterstützungssysteme für selbstbestimmtes Handeln benötigt. Die abzusehende Bevölkerungsentwicklung führt zu einer Verschärfung sozialer Problemlagen. Geschlechtsspezifische Angebote und Leistungen sind von freien und öffentlichen Trägern bereitzustellen. Ganztagschulen müssen so organisiert sein, dass sie den Interessen von Mädchen und jungen Frauen nach Selbst- und Mitbestimmung entsprechen. In einem Flächenland wie Bran-

denburg ist die Mobilität zu sichern. Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung für zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort stellen. Politische Strukturen und Verantwortliche auf kommunaler und auf Landesebene haben die Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu unterstützen und zu befördern. Insbesondere für den ländlichen Raum sind geschlechtsspezifische Konzepte und Projekte im Bereich menschenrechtsorientierter Wertebildung und Demokratie weiter zu entwickeln. Dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs mit speziellen Angeboten für junge Menschen wird in einem Flächenland Priorität zugeordnet. Gefordert wird die lokale Zentralisierung von psychosozialen Dienstleistungen unter Einbeziehung von Kindertagesbetreuung und Schulen. Um die Ausbildungs- und Aufstiegschancen und damit die Bleibeentscheidungen für Mädchen und Frauen im Land Brandenburg positiv zu beeinflussen, sollte es mehr Berufsfrühorientierung und einen „Girls day“ geben. Für die Gestaltung des (Ganztags)Schulalltages werden mehr Freiräume angemahnt und Möglichkeiten für geschlechtsspezifische Gruppenarbeit gefordert. Von den kommunalen EntscheidungsträgerInnen wird erwartet, dass sie diese Probleme vor Ort wahrnehmen. Dabei sollen weniger bestehende Unterschiede zwischen den Geschlechtern, sondern vielmehr die Praxis der Unterscheidung und deren Folgen kritisch in den Blick genommen werden. Auf Landesebene wird gefordert, dass die bestehenden politischen Strukturen im Bereich Frauen und Mädchen (Frauenpolitischer Rat, LAG Mädchenarbeit und KuKMA) weiter entwickelt werden. Der Einsatz einer unabhängigen Landesgleichstellungsbeauftragten mit eigener finanzieller Ausstattung ist unabdingbar.

## **Workshop „Sommer“**

Der Workshop „Sommer“ wandte sich den Themen Arbeit und Beschäftigung von Frauen im mittleren Alter zu. Ausgehend von einer aktuellen Zustandsbeschreibung wurden besonders die

# Ableitungen ... Forderungen ... Perspektiven ... Handlungsräume

Auswirkungen von Hartz IV auf Nicht-Leistungsempfängerinnen, auf Alleinerziehende und Patchworkfamilien diskutiert. Hartz IV wurde als historischer Rückschritt für Frauen gewertet. Frauen verlieren ihre eigenständige Existenzsicherung und werden tendenziell zu ökonomisch abhängigen Ehefrauen. Um Frauen- und Kinderarmut zu verhindern, ist es nötig, Mindestlöhne, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld auf ein Existenz sicherndes Niveau festzusetzen. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit sind zu schaffen. Ein breites öffentliches Umdenken aller EntscheidungsträgerInnen muss zu Konsequenzen im Handeln führen. Im Angesicht der bereits eingetretenen demografischen Entwicklungen geht es u. a. darum, soziale Infrastrukturen zu erhalten, Wegezeiten für Frauen und ihre Kinder zu verkürzen und Gebühren für Kinderbetreuung zu senken. Erst dann sind materielle Rahmenbedingungen gegeben, die es Frauen ermöglichen, eine Familie in Brandenburg zu gründen. Die Selbstverständlichkeit, mit der erwartet wird, dass Frauen ihre Angehörigen pflegen, stellt in dieser Lebensphase ein besonderes Problem dar.

Für die Integration und den Umgang mit älteren und sehr alten Menschen müssen neue Modelle entwickelt werden.

## **Workshop „Herbst“**

Der Workshop „Herbst“ ging ebenso wie das Referat von einem erweiterten Altenbegriff aus. Es sind mindestens zwei Lebensphasen – nämlich Herbst und Winter – zu unterscheiden. Beiden gemeinsam ist, dass SeniorInnen sozial gesichert und entsprechend ihrer Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich einbringen wollen. Altenpolitik muss dafür differenzierte Angebote entwickeln. Die Seniorenbeiräte organisieren und unterstützen dieses zivilgesellschaftliche Engagement genauso wie die Eigeninitiativen der Betroffenen. Als große Herausforderungen des demografischen Wandels in dem

Flächenland Brandenburg wurden die unzureichende medizinische Versorgung, die abnehmende Mobilität und die vielgestaltige Thematik Wohnen im Alter begriffen. Innovative Lösungen müssen dafür in allen Bereichen erdacht und in die Tat umgesetzt werden (z.B. Rufbusse/alternative Wohn- und Betreuungsformen). Die LandespolitikerInnen und Zuständigen in den Kommunen tragen dafür eine große Verantwortung.

Auf der Tagung wurde deutlich, Junge und Alte gehören zusammen, können voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Nur durch Generationen- und Chancengerechtigkeit, Solidarität und Zusammenarbeit ist es möglich, für Frauen aller Altersgruppen in Brandenburg ein lebenswertes Zuhause zu erhalten und zu schaffen. Die gesellschaftlichen und sozialen Grundlagen sind für alle, egal ob sie zum „jungen Gemüse“ oder zum „alten Eisen“ gehören (über)lebenswichtig.



# Ableitungen ... Forderungen ... Perspektiven ... Handlungsräume

## **Mädchen und Frauen leben gern im Land Brandenburg, wenn:**

- die Landespolitik nachhaltig ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse vertritt und diese in der Landesentwicklungsplanung berücksichtigt werden,
- bestehende Strukturen im Bereich der Mädchen- und Frauenarbeit erhalten und ausgebaut werden,
- Kommunale Gleichstellungsbeauftragte institutionell verankerte Ansprechpartnerinnen vor Ort sind,
- sie einer ökonomisch gesicherten Zukunft entgegen sehen können,
- Ganztagsschulangebote so organisiert sind, dass die Interessen von Mädchen und jungen Frauen nach Selbst- und Mitbestimmung Berücksichtigung finden,
- geschlechtshomogene Räume, Angebote und Leistungen für sie verfügbar sind,
- attraktive und zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
- das gesellschaftliche Klima und die materiellen Voraussetzungen geeignet sind, Berufstätigkeit und Mutterschaft befriedigend und Erfolg versprechend miteinander zu verbinden,
- es für ihre Kinder im Elementarbereich hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote gibt,
- es eine gut erreichbare soziale und kulturelle Infrastruktur gibt und die Leistungen des ÖPNV flächendeckend die Mobilität sichern,
- die Pflege von Angehörigen nicht allein Frauensache ist und die Rahmenbedingungen es ermöglichen, dass die Verbindung von Erwerbsarbeit, Familie und Pflege von Angehörigen auf selbstbestimmten Entscheidungen beruhen,
- die medizinische Betreuung und Gesundheitsvorsorge den Bedürfnissen von alt und jung entspricht,
- sie im Alter das gesellschaftliche Leben mit ausgestalten können,
- ehrenamtliches Engagement sich in der persönlichen Lebensqualität positiv auswirkt,
- sie in allen gesellschaftlichen Bereichen Anerkennung und Wertschätzung erfahren.

# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

**1991**

### **Sind wir das?**

Mit dieser Frage stehen am Abend des 3. Mai an die hundert Besucherinnen im Pavillon auf der Potsdamer Freundschaftsinsel. An den Wänden große gerahmte Schwarz-Weiß-Fotos. Frauen bei der Feldarbeit, in Kittelschürzen, an großen Maschinen, im Kreißaal und mit ihren Liebsten. Der Blick zurück auf DDR-Zeiten ist unsentimental und ungeschönt. Er dient dem Selbstverständnis aber auch einer freieren Sicht nach vorn. Schon ist absehbar, wie massiv Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt und in die Küche abgeschoben werden, wie solidarische Strukturen zerbrechen.

Die erste Brandenburgische Frauenwoche will Podium für diese Probleme sein. Auf dem geht es hoch her:

Da wird auf zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Bundesland diskutiert: Über den Zustand von Kinderspielplätzen, über den Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen, über neue Wege in die Selbständigkeit und über Brandenburg als Grenzland zu Osteuropa.

Die Woche endet mit einem Paukenschlag. Zur Abschlussveranstaltung kommen hochrangige PolitikerInnen – unter ihnen der Ministerpräsident Manfred Stolpe und die MinisterInnen Regine Hildebrandt, Marianne Birthler und Otto Bräutigam. Sie diskutieren die Themen Chancengleichheit, mehr Arbeitsplätze für Frauen, Kinderbetreuung. Es entsteht Streit, der unten im Saal lebhaft ausgetragen wird: Soll Frau um jeden Preis arbeiten? Müssen Kinder unter allen Umständen untergebracht werden? Gilt es in jedem Fall, das Vorhandene zu bewahren?

Eines ist danach allen klar: Die erste Brandenburgische Frauenwoche darf nicht die letzte gewesen sein.

*„Die Idee zur Frauenwoche kam uns schon im Dezember 1990. Weil da klar war, dass Frauen im Prozess der deutschen Einigung die schlechteren Karten gezogen hatten. Sie haben sie sich aber auch zuteilen lassen.“*

*Dr. Marina Grasse, Gleichstellungsbeauftragte der letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung, heute Bildungsreferentin und Vorstandsmitglied des Ost-West-Europäischen Frauennetzwerkes*

**1992**

### **Frauen in bester Verfassung**

Die zweite Brandenburgische Frauenwoche will ein Zeichen setzen gegen Mutlosigkeit. Denn die greift nach und nach um sich. Nach einer vom ifas-Institut durchgeführten Befragung geben im März dieses Jahres 82% der Frauen an, dass es ihnen schlechter gehe als vorher. „Nicht resignieren sondern selbst aktiv werden“, fordert die Schirmherrin der Frauenwoche, Regine Hildebrandt. Sie merkt an, dass das gesellschaftliche Engagement seit der Wende „enorm zurückgegangen“ sei. In 250 Veranstaltungen diskutieren die Brandenburgerinnen ihre Situation; das sind immerhin doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Ihre Themen: Arbeitslosigkeit, der Paragraph 218, vor allem aber die neue Brandenburger Landesverfassung, die im Juni verabschiedet wird.

Als Maßnahme gegen hohe Arbeitslosigkeit finanziert das Brandenburger Sozialministerium arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit 300 Millionen DM – mehr als die Hälfte dieser Mittel dienen der Förderung von Frauenprojekten.

*„Angefangen haben wir mit ungeheurem Engagement und großer Freude daran, die alten Strukturen aufzubrechen, neue Netzwerke zu knüpfen und uns für die Zukunft Partnerinnen zu suchen. Das lag wohl auch an dieser verrückten Zeit, in der wir dachten: Ja! Wir können wirklich viel bewegen.“*

*Marianne Huhn, 1992 in ABM, heute Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte im Landkreis Märkisch-Oderland*

# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

### 1993 Frauen und Arbeitsmarkt

„Einmischung-Macht-Mut“ lautet das Motto der Auftaktveranstaltung zur 3. Brandenburgischen Frauenwoche. Erstmals findet auch ein Aktionstag für Mädchen statt, veranstaltet vom Akademikerinnenbund. Die Themen auf den rund 300 Foren und Veranstaltungen reichen von Perspektiven für junge Mütter über Zukunftsaussichten im ländlichen Raum, Frauen in Europa, Fair-Food, Gesundheit und Umweltschutz bis zu Kunst und Kunsthandwerk.

Unterstützung gibt es von vielen Seiten: Vom DGB, der IHK, den Landfrauen, dem Deutschen Frauenrat und dem Volkshochschulverband.

*„Der Einsatz einer jeden einzelnen ist wichtig, wenn die Gesellschaft aus den Fugen gerät.“  
Ministerin Dr. Regine Hildebrandt*



### 1994 Frauenstreik!

Die Frauenwoche hat erstmals ein Symbol: Eine stilisierte Blume. Außerdem findet sie nicht mehr im Mai sondern von nun an im März statt; der Internationale Frauentag soll einbezogen werden. Er ist in diesem Jahr besonders wichtig, denn bundesweit ist Frauenstreik angesetzt. „Uns reicht's!“, haben beispielsweise die Frauen in Eisenhüttenstadt auf ihre Plakate geschrieben. Bei EKO-Stahl stehen Massentlassungen unmittelbar bevor.

Auch anderswo geht es kämpferisch zu: „Von alleine bewegt sich nichts“, heißt es im Landkreis Oberspreewald-Lausitz, „Frauenrechte – Männerrechte“ in Strausberg und in Neuruppin: „Neue Männer braucht das Land“.

Frauen und Familie ist überhaupt eines der Schwerpunktthemen; die UNO hat 1994 zum

„Jahr der Familie“ erklärt. Zum besonderen Höhepunkt wird die Verabschiedung der Ehefrauen von Angehörigen der russischen Streitkräfte, die in ihre Heimat zurückkehren.

Zu ihrem vierten Geburtstag hat die Brandenburgische Frauenwoche erstmals eine Nachahmerin: In Hessen findet ebenfalls eine landesweite Frauenwoche statt.

*Der Anregung von uns Neuruppinerinnen ist es zu verdanken, dass der Weltgebetstag zu einem festen Bestandteil der Brandenburgischen Frauenwoche wurde. Dies war uns deshalb so wichtig, weil er auffordert, „über den Tellerrand“ hinaus zu schauen und sich mit der Lebenssituation in anderen Ländern vertraut zu machen. Ein wichtiges Anliegen – nicht nur für Christen.  
Petra Torjus, Gleichstellungsbeauftragte der Fontanestadt Neuruppin*

### 1995 Frauen mischen mit

Zum Auftakt wird in Wittenberge Bilanz gezogen: „5 Jahre nach der Wende“. Die fällt nicht gerade rosig aus. In Potsdam und im Brandenburger Umland sind zwei Drittel der Arbeitslosen Frauen. Waren beispielweise noch 1989 im Einzelhandel ca. 60.000 Frauen beschäftigt, sind es 1995 nur noch 30.000. Mehr als die Hälfte von ihnen haben nur eine Teilzeitstelle. 95 der etwa 400 Veranstaltungen im Land beschäftigen sich mit dem Problem Arbeitslosigkeit. Der zweite Arbeitsmarkt dürfe keinesfalls das einzige Angebot für Frauen werden, betont die Gleichstellungsbeauftragte der Havelstadt Brandenburg.

Ein weiteres Thema ist die geplante Länderfusion Berlin – Brandenburg. Der überwiegende Teil der Frauen steht ihr kritisch gegenüber.

*„Wir fordern alle Männer dazu auf, die Arbeitsplätze mit uns gerecht zu teilen. Dafür dürfen sie gerne die Hälfte der Erziehungs- und Hausarbeit übernehmen.“*

*Sybille Neumann, Gewerkschaftssekretärin des DGB in der Region Mark Brandenburg.*

# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

### 1996 Mehr Chancen für Frauen

Aktionstage, Informations- und Projektbörsen, Bildungsmessen, Beratungsangebote, Seminare und Podiumsgespräche – landesweit stehen diesmal an die 500 Veranstaltungen in den Katalogen. Finanzministerin Wilma Simon fordert in ihrer Eröffnungsrede eine Frauenquote für Führungsgremien. Die SPD-Fraktion lädt zur Veranstaltung „Frauen im Gespräch mit der Landesregierung“ ein und findet große Resonanz. Eine Arbeitsgruppe interessiert besonders: „Frauen und Wirtschaft“.

Mit „Frauen – Sexualität – Gesundheit“ setzen die Cottbusserinnen einen ganz eigenen Schwerpunkt. Dazu gibt es eine Ausstellung: „Weibliche Ärzte“, Veranstaltungen zur gesunden Ernährung, zur Frauenselbsthilfe nach Krebserkrankung aber auch zum Thema Vergewaltigung in der Ehe. In der Friedrich-Ebert-Stiftung findet ei-

ne öffentliche Tagung zum Thema „Männer – Macht - Medizin“ statt.

„Wirkliche Chancengleichheit gibt es erst, wenn wegen der Familie und der Kinder keine Berufskarriere mehr eingeschränkt oder aufgegeben werden muss.“

Barbara Schaeffer-Hegel,  
Sozialwissenschaftlerin

### 1997 Wer nicht kämpft hat verloren!

In Eisenhüttenstadt gehen die Frauen auf die Straße: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!“ Sie demonstrieren gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und für gleichberechtigte Teilhabe an der Macht. In Potsdam organisiert das Frauenministerium eine Veranstaltung „Töchter, Mütter, Großmütter – Le-



# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

bensentwürfe und Lebensbilanzen von Frauen“. Andere häufige Themen sind „Gewalt gegen Frauen“ und „Sucht“.

Aber auch eine Veranstaltung der Potsdamer Urania „Frauen im ewigen Eis“ – ein Erfahrungsbericht von der ersten Antarktisüberwinterung einer ausschließlich weiblichen Besatzung auf einer Polarstation - findet reges Interesse. Genau so übrigens wie die Ausstellung „Die Rolle der Frau in der DDR am Beispiel der Bergbau- und Energiegroßindustrie“ in Lübbenau. Recherchiert und organisiert wurde sie von ABM-Kräften.

*„Die Brandenburgische Frauenwoche ist eine Erziehungsschule für Frauen im Land. Sie ist eine gute Möglichkeit, auf die Situation von Frauen in aller Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und Veränderungen lautstark einzufordern.“*

*Heiderose Gerber, seit 1990 im Autonomen Frauenzentrum Potsdam*

### **1998 Frauen Macht Politik**

Ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen stehen politische Themen im Vordergrund: Warum sind immer noch in den meisten Rathäusern

Männer an der Spitze? Wie müssen sich Bedingungen ändern, damit Frauen mehr Verantwortung übernehmen – und übernehmen können? Erstmals wird der Preis „Brandenburgerin 1998“ im Rahmen der Frauenwoche verliehen. Er geht diesmal an drei Kommunalpolitikerinnen, die innovative Leistungen und Projekte zur Verbesserung der Lage von Frauen und Familien unterstützen.

Am 7. März findet in ganz Brandenburg ein Mädchentag statt: „Mädchen macht mobil“. In den vergangenen fünf Jahren waren in Brandenburg 60 Projekte für Mädchen entstanden, so viele wie in keinem anderen Bundesland.

*„Mehr Frauen in politische Machtpositionen – das setzt voraus, dass konkrete Frauen konkrete Ansprüche anmelden. Frauen dürfen das. Und es verlangt, dass wir sie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche unterstützen.“*

*Eva Kunz, 1998 Landesgleichstellungsbeauftragte, heute Referatsleiterin im Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie*



# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

### 1999 Frauen in Europa

Die Frauenwoche hat immer über Landes- und Staatsgrenzen hinaus geschaut – Europa war von Anfang an ein wichtiges Thema. Besonders interessierte, wie es bei unseren Nachbarinnen mit der Gleichstellung aussieht. Nach Norwegen im vergangenen Jahr ist nun Luxemburg ein Schwerpunktland.

Dort gibt es zwar mit 2,6% eine niedrige Arbeitslosenquote, aber das Verhältnis der Geschlechter am Arbeitsmarkt ist extrem unausgewogen. Mit einer Frauenerwerbsquote von 46,5% liegt das kleine Land am unteren Ende im EU-Vergleich, weit zurück hinter Brandenburg, wo die Frauenerwerbsquote immerhin noch bei fast 73% liegt.

In Forst findet eine Konferenz mit Frauen aus Polen, den Niederlanden und Österreich statt; Cottbus wartet mit einer interessanten Idee auf: Eine Europawanderung für Frauen soll organisiert werden.

*„Unser Anliegen: Die Frauenwoche in Cottbus soll in jedem Jahr ein echter Höhepunkt für die Stadt werden. Dazu stellen wir unser Programm unter eine ganz besondere Thematik, die sich wie ein roter Faden durch alle Veranstaltungen zieht. Und wir suchen eine Schirmherrin, mit der wir nicht nur ein gutes „Aushängeschild“ haben, sondern die uns Kontakte schafft und Türen öffnet. In diesem Jahr ist das übrigens Monika Balt, die für die PDS im Bundestag sitzt.“*

*Sabine Hiekel, Cottbus,  
Gleichstellungsbeauftragte*

### 2000 Lebensqualität – weiblich?

Mit vielfältigsten Themen versucht die diesjährige Frauenwoche Antworten auf diese Frage zu finden. Eins aber ist sowohl Organisatorinnen als auch Besucherinnen von vornherein klar: Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, wenn es um weibliche Lebensqualität geht. Und so steht die Novellierung des Kita-Gesetzes, die mit einer Einschränkung des Rechtsan-

spruches und der Neustrukturierung der Finanzbeteiligung des Landes einhergeht, im Mittelpunkt von Diskussionen, Foren und Veranstaltungen.

„Was sind dem Staat die Kinder wert?“ fragt der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. im Rahmen einer bundesweiten Kampagne. Der Frauenpolitische Rat beteiligt sich – und nutzt die Frauenwoche als Podium, auf dem wie immer auch Politiker Rede und Antwort stehen müssen.

*„Bis vor kurzem habe ich gedacht, dass sich was positiv verändert hat im Denken der Männer. Jetzt zweifle ich daran. Ich kriege doch tatsächlich wieder solche Fragen zu hören: Warum wollen Frauen ihre Kinder eigentlich nicht selbst erziehen? Warum müssen sie unbedingt arbeiten gehen?“*

*Sabine Wehrich, Gleichstellungsbeauftragte in Fürstenwalde (2000), heute Leiterin des Tourismusbüros*

### 2001

#### 90 Jahre Frauentag – und (k)ein bisschen weiter?!

Wie soll unter den immer schwieriger werdenden gesellschaftlichen Bedingungen die Zukunft von Familie und Arbeit aussehen? Das diskutieren in Cottbus Frauen im Rahmen ihrer Aktionswoche auf einer Fachkonferenz.

Auf jeden Fall ist auch den Brandenburgerinnen klar, dass sie ohne politischen Druck und lautstarke Forderungen nichts erreichen werden. Gerade jetzt, wo es wieder einmal massive Kürzungen im Finanzbereich geben soll, müssen sie sich Gehör verschaffen. Die geplante Streichung von einem Drittel der Förderung würde für viele der Frauenprojekte das Aus bedeuten.

Zunichte gemacht würde beispielsweise der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Dabei ist der Betreuungsschlüssel in den 25 Brandenburger Frauenhäusern von 1:10 ohnehin einer der schlechtesten in ganz Deutschland.

# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

*„Das ist eine Bankrotterklärung für die Frauen- und Familienpolitik, die hier in Brandenburg doch so viel besser sein sollte als anderswo. Es ist bitter, zu sehen und ertragen zu müssen, wie einst vertretene gute politische Ansätze und Ideale aufgegeben werden.“*

*Jutta Qoos, Vorsitzende des Brandenburger Landfrauenverbandes*

### 2002

#### **Unbekannte Schwestern – durchbrechen wir die Mauer des Schweigens**

Ab sofort übernimmt der Frauenpolitische Rat die Organisation und Koordinierung der Brandenburgischen Frauenwoche. Dazu beruft er den Beirat Brandenburgische Frauenwoche, der künftig auch Motto und Themenschwerpunkte festlegen wird.

In diesem Jahr heißt der Schwerpunkt: Gewalt gegen Frauen, ausländische Frauen, Asylbewerberinnen und Aussiedlerinnen.

*„Gewalt gegen Frauen verletzt uns alle. Vor dieser Gewalt dürfen wir die Augen nicht verschließen, sondern müssen energisch einschreiten.“*

*Mathias Platzeck, Ministerpräsident*

### 2003

#### **UnErhörte Weiblichkeit –**

#### **Unsere Stärke ist die Zukunft**

Eröffnet wird mit einem Konzert: Eva-Maria Hagen singt im Nikolaisaal. Aber die festliche Stimmung trägt. Ein Thema überschattet alle anderen: 752.000 Euro sollen bei der Frauenförderung gestrichen werden. Gespart werden muss überall – bei Frauenhäusern, Frauenzentren und Frauenorganisationen. Und auch bei den Veranstaltungen selbst. Erstmals seit neun Jahren fällt der Mädchenprojektetag ersatzlos weg. Bisher war er ein fester Bestandteil des Programms.

Sich noch mehr vernetzen und gemeinsam kämpfen ist eine der Antworten, die in der Frauenwoche gefunden wird.



# Unsere Interessen auf's Podium!

## 15 Jahre Brandenburgische Frauenwoche - eine Chronik

*„Gestrichen wird, wem die Lobby fehlt. Denn die Förderungen sind noch viel zu sehr abhängig von den persönlichen Meinungen und dem Wohlwollen örtlicher Entscheidungsträger.“*

*Ulrike Häfner, Projektleiterin der Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg (KuKMA)*

### **2004 FrauenLand Brandenburg?!**

„Zeigen Sie Frauenpower!“ fordert Mathias Platzeck unmissverständlich in seiner Rede auf dem Abschlussplenum dieser 14. Frauenwoche. Auch oder gerade um dem Land wieder mehr auf die Beine zu helfen. Denn die Statistik spricht eine deutliche Sprache. In den zurückliegenden Jahren haben 29.000 junge Frauen mehr das Land verlassen, als zugezogen sind. Es werden zunehmend weniger Kinder geboren und in manchen ländlichen Regionen bleiben nur die Alten zurück.

Die Frauen, die auf diesem Plenum ans Rednerpult treten, wenden sich dagegen direkt an die Adresse der Regierung – und stellen ihre Forderung auf: Mehr und bessere Frauen- und Familienpolitik.

In der zurückliegenden Woche haben sie zu Genderfragen debattiert, um die Beteiligung von Frauen an der Macht gestritten und die üblichen „Streichkonzerte“ kritisiert, die ihnen Leben und Arbeiten immer schwerer machen.

*„Mein Vorschlag ist, Beraterverträge mit neuem Inhalt zu füllen: Bundeskanzler, Regierung und führende Parteipolitiker sollten sich beraten lassen, wie man geschlechtergerechte Reformen für eine zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft durchführen kann.“*

*Brigitte Triems, Vorstandsmitglied des Dt. Frauenrates, Vorsitzende des dfb e.V.*

### **2005**

#### **junges Gemüse und altes Eisen – Frauen im Wandel der Generationen**

Ein Motto für die 15. Frauenwoche, das auf breite Zustimmung stieß.

Geht es doch nicht nur um Bevölkerungsentwicklung – sondern auch darum, wie verschiedene Generationen an die Fragen in unserer Gesellschaft herangehen.

Mehr als 200 Veranstaltungen finden in den Landkreisen und kreisfreien Städten statt. In Brandenburg geht's um Frauen im Wandel der Zeiten aber auch um das Miteinander von Generationen, um den Dialog zwischen Töchtern, Müttern und Großmüttern. In Cottbus wird über gesundheitliche Folgen von Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung diskutiert. In Rüdersdorf erzählt eine Ausstellung über Lebenswege von Spätaussiedlerinnen.

Auftakt in Potsdam ist diesmal eine Fachtagung mit Diskussionsbeiträgen zur „Demografischen Entwicklung im Land Brandenburg“.

### **Ausblick 2006**

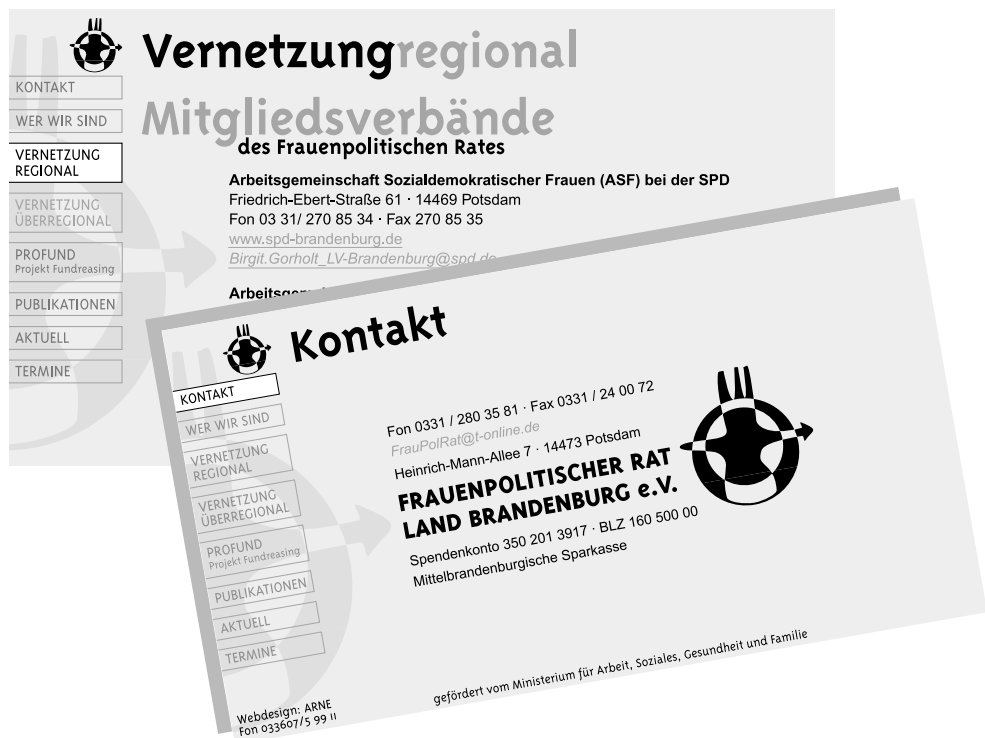
Die 16. Brandenburgische Frauenwoche wird unter dem Motto „Mit Recht und Courage – Frauenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ in der Zeit vom 2. bis 12. März 2006 stattfinden. Die thematischen Schwerpunkte sind:

- 95 Jahre Internationaler Frauentag – Geschichte, Bewegung, Traditionen, Solidarität
- Umsetzung europäischer Frauenpolitik auf lokaler Ebene – Antidiskriminierungsgesetz, Gender Mainstreaming
- eigenständige Existenzsicherung für Frauen – Erwerbstätigkeit, SGB II
- Menschenrechtsverletzungen an Frauen – Gewalt, frauenspezifische Verfolgungsgründe
- Mädchenpolitik zwischen Kinder- und Frauenrechten
- Lebensräume für Frauen – Würde, Vielfalt, Selbstbestimmung.



www.frauenrat-brandenburg.de

Unsere Internetseite informiert immer aktuell!



#### IMPRESSUM

Herausgegeben vom  
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.  
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam  
Fon 0331/280 35 81 · Fax 0331/24 00 72  
Mail FrauPolRat@t-online.de  
www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion:  
Rosemarie Mieder, Gislinde Schwarz, Astrid Priebes-Tröger

Fotos:  
privat, Landesregierung

Layout:  
ArneDesign - ines.arnemann@t-online.de

Druck:  
Druckerei Feller, Teltow

Redaktionsschluss:  
1.9.2005

Gefördert durch das  
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des  
Landes Brandenburg

**FRAUENPOLITISCHER RAT  
LAND BRANDENBURG e.V.**

